

KRISENHERD DONBASS – KEINE ENTSPANNUNG NACH DER WAHL

Christoph Bilban, Hanna Grininger, Eva Zeis

Die Präsidentschaftswahl in der Ukraine konnte Wolodymyr Selenskyj mit klarer Mehrheit für sich entscheiden. Der Polit-Neuling stellte die gesellschaftliche Entwicklung und die Einheit der Ukraine ins Zentrum seiner Wahlkampagne. Hinsichtlich des Konfliktes über die Krim und im Donbass setzt er auf einen pragmatischen Zugang. Erste Reaktionen aus Russland deuten jedoch keine Entspannung an. Das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement ist weiterhin gefordert, eine Eskalation zu verhindern sowie die humanitäre Lage der betroffenen Bevölkerung zu verbessern.

Am 21.4.2019 wurde Wolodymyr Selenskyj im zweiten Wahlgang mit 73,22% der Stimmen zum nächsten Präsidenten der Ukraine gewählt. Amtsinhaber Petro Poroschenko gestand seine Niederlage – nur knapp 24,45% der Ukrainerinnen und Ukrainer stimmten für ihn – noch am Wahltag ein und gratulierte dem Sieger. Die Wahl stand zum einen im Zeichen des seit fünf Jahren bestehenden Konfliktes über die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete in Donezk und Luhansk. Zum anderen war die Entwicklung des Landes das entscheidende Wahlmotiv.

Selenskyj als eindeutiger Sieger

Bereits im ersten Wahlgang am 31.3.2019 hatte der 41-jährige Selenskyj fast doppelt so viele Stimmen erhalten wie Poroschenko. In beiden Wahlgängen war die Wahlbeteiligung mit knapp 63% durchaus hoch. Selenskyj gewann im zweiten Wahlgang alle Regionen des Landes, bis auf das westukrainische Lwiw und die Stimmen der Wähler im Ausland. Die Ukraine zeigt sich also wesentlich weniger gespalten, als oft angenommen wird. Das

Amt des Präsidenten wird Selenskyj voraussichtlich Ende Mai antreten. Die OSZE bezeichnete die Wahlen in einem ersten Statement als „kompetitiv“. Sie seien unter Achtung der Grundfreiheiten durchgeführt worden. Kritisiert werden aber der „Show-Charakter“ der Kampagnen und unnötige Hürden in der Bürokratie, besonders für Binnenvertriebene (IDPs). Freie und formal korrekte Wahlen gelten als wichtiger Schritt hin zur Konsolidierung der Demokratie.

Das eindeutige Ergebnis kann dabei durchaus als Abwahl Poroschenkos gesehen werden. Als Wahlmotive gelten Unzufriedenheit mit seiner Politik, wirtschaftliche Probleme, Korruption, der andauernde Krieg in der Ostukraine sowie der Wunsch nach jemand Neuem, der nicht im System von Oligarchen und korrupten Eliten verankert ist. Poroschenko

konnte mit seinem nationalistischen Programm, das auf den drei Grundpfeilern „Armee, Sprache und Glaube“ aufbaute, nicht mehr überzeugen. Er kündigte jedoch seinen Verbleib in der Politik und eine starke Opposition im Parlament an.

Parlament bestimmt Machtverhältnisse

Spätestens Ende Oktober 2019 wird das ukrainische Parlament (Werchowyna Rada) neu gewählt. Derzeit gibt es Spekulationen darüber, ob Selenskyj nach seiner Angelobung die Rada auflösen und vorgezogene Neuwahlen ausrufen könnte, um von seinem Sieg zu profitieren. Die Parlamentswahlen gelten als wichtiger als die Präsidentschaftswahl, denn durch die 2014 erfolgte Rückkehr zur Verfassung von 2004 wurden Parlament und Regierung wieder gestärkt. Der Präsident selbst hat lediglich ein Vetorecht gegen Gesetzesbeschlüsse des Parlaments und kann nur die Außen- und Sicherheitspolitik selbst bestimmen, jedoch wird die Zusammensetzung der Rada über Ausrichtung und Erfolg der innenpolitischen Reformvorhaben Selenskyjs maßgeblich bestimmen. Seine Partei „Diener des Volkes“ müsste im Parlament entsprechend stark vertreten sein, um seine Vorhaben durchzubringen. Selenskyj wird wohl zukünftig mit anderen Parteien zusammenarbeiten müssen, entweder mit Julija Tymoschenkos „Vaterland“, der pro-russischen „Oppositionsplattform – Für das Leben“ oder dem Block von Poroschenko.

Wie wichtig eine Mehrheit im Parlament für die Umsetzung von Selenskyjs Politik sein wird, zeigte bereits der Beschluss eines neuen Sprachengesetzes in der Rada nur vier Tage nach der Wahl. Das Gesetz muss jedoch noch vom derzeit amtierenden Präsidenten Poroschenko bestätigt werden. Es verpflichtet Print- und Online-Medien, entweder ausschließlich in ukrainischer Sprache oder einer gleichwertigen ukrainischen Version zu publizieren. Ausgenommen von dieser Regel sind nur Publikationen auf Krimtatarisch, Englisch und in den Amtssprachen der EU. Damit

konterkarieren die Abgeordneten einen wichtigen Vorschlag des designierten Präsidenten zur Versöhnung mit der Bevölkerung im Donbass. Selenskyj setzt sich für Ukrainisch als Amtssprache, aber für eine gleichberechtigte Verwendung der russischen Sprache in allen anderen Bereichen ein, und punktet damit auch bei denjenigen, die mit Poroschenkos „Ukrainisierung“ nicht übereinstimmen.

Humanitäre Lage in der Ostukraine

Der Konflikt in den Gebieten Luhansk und Donezk hat seit 2014 bereits mehr als 13.000 Todesopfer und 25.000 Verletzte gefordert, darunter 3.000 tote und 9.000 verletzte Zivilisten. Rund 3,5 Mio. Menschen sind in Folge mangelhafter medizinischer, Wasser- und Lebensmittelversorgung bis heute auf humanitäre Hilfe angewiesen. Im Jahr 2018 gingen die Opferzahlen deutlich zurück, trotzdem starben 280 Zivilisten – 40% davon durch Minen und Blindgänger.

Vom Konflikt sind vor allem ältere Personen in den nicht durch die Regierung kontrollierten Gebieten (NRKG) betroffen. Seitdem die direkte Auszahlung ukrainischer Pensionen an Empfänger in den NRKG im Jahr 2014 eingestellt wurde, müssen diese regelmäßig die Kontaktlinie an einem der fünf Checkpoints überqueren, um ihr Geld zu beheben. Bei diesen beschwerlichen und auch gefährlichen Überritten sterben regelmäßig Menschen. Die Eröffnung neuer Übergänge für die Zivilbevölkerung scheiterte bisher am Unwillen der Separatisten. Aber auch Russland übte bis dato keinen Druck auf die Separatisten aus, um internationalen Hilfsorganisationen Zugang in die NRKG zu ermöglichen. So kann nur noch das Rote Kreuz (IKRK) auf beiden Seiten der in Minsk vereinbarten Kontaktlinie tätig sein.

Rund 60.000 ukrainische Angehörige der Streit- und Sicherheitskräfte und geschätzte 35.000 bewaffnete Kräfte der Separatisten haben sich seit Mitte 2015 beiderseits der rund 500 km langen Li-

nie weitgehend statisch eingerichtet. Die 2015 in Minsk vereinbarte Waffenruhe wird von beiden Seiten regelmäßig – auch mit gemäß Abkommen verbotenen Waffensystemen wie Artillerie – gebrochen.

Selenskyjs Lösungsvorschläge

Im Wahlkampf wurde Selenskyj in europäischen und US-amerikanischen Medien wegen seiner scheinbar gemäßigten Positionen gegenüber Russland teils als „Kandidat Putins“ bezeichnet. Im Gegensatz zu anderen Kandidaten setzte er auf ein menschenzentriertes und versöhnliches Narrativ. Poroschenko und Tymoschenko übten hingegen scharfe Kritik an Russland und setzten die Bevölkerung in den NRKG auch unter Druck, indem sie z. B. den Empfang von Sozialleistungen weiterhin an einen Wohnort im ukrainisch kontrollierten Territorium knüpfen.

Eine militärische Lösung des Konfliktes lehnt Selenskyj kategorisch ab. Er stellte jedoch bereits klar, dass es keinen Frieden um jeden Preis, d. h. auch keine Anerkennung der Krim als russisches Staatsgebiet, geben kann. Als Lösung schlägt er vielmehr einige Neuerungen im Umgang mit dem Konflikt in der Ostukraine und der russischsprachigen Bevölkerung im Land vor. Den Vorschlag einer UN-Mission entlang der Kontaktlinie befürwortet er. Selenskyj sieht darin eine wesentliche Chance zur Befriedung der Region, sofern die Mission sukzessive auf die gesamten NRKG ausgeweitet würde. Er spricht sich darüber hinaus für einen Dialog zwischen Russland und der Ukraine aus. Direkten Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Putin im Normandie-Format würde er zustimmen. Für die NRKG sieht Selenskyj trotzdem keinen rechtlichen Sonderstatus vor. Die 2015 begonnenen Reformen zur Stärkung der lokalen Selbstverwaltung und Dezentralisierung will Selenskyj verstärkt fortsetzen, was auch der Forderung der Separatisten nach Selbstbestimmung entgegen kommen könnte. Weiters ventilierte Selenskyj auch die Idee einer offensiven Informationskampa-

gne im Donbass, welche die dort ansässige Bevölkerung als Teil der ukrainischen Nation ansprechen soll. Die Pensionszahlungen an in den NRKG lebende Pensionisten sollen seiner Auffassung nach sofort wieder fortgesetzt werden.

Nur drei Tage nach der Wahl erschienen Selenskyjs Vorschläge schon in einem anderen Licht. Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete einen Erlass, in dem der Bevölkerung der NRKG ein erleichterter Zugang zur russischen Staatsbürgerschaft ermöglicht wird. Während Russland darin eine „humanitäre Hilfsmaßnahme“ sieht, wird der Erlass von Poroschenko wie auch Selenskyj und den USA als weiterer Angriff auf die ukrainische Souveränität gewertet. Deutschland und Frankreich sehen im russischen Vorgehen ebenfalls keinen Beitrag zur Entspannung der Situation. Im Gegensatz zu vielen Staatschefs hielt sich Putin mit Gratulationen zur Wahl bisher zurück.

Internationales Krisen- und Konfliktmanagement: Neue Akteure, alte Probleme

Die fehlende Umsetzung der Minsker Vereinbarungen stellt das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement (IKKM) weiterhin vor Herausforderungen. Der Sonderbeobachtermission (SMM) der OSZE gelingt es dennoch immer wieder, lokale und zeitlich begrenzte Waffenstillstände zu vermitteln, z. B. um Instandsetzungsarbeiten an der Wasserversorgung zu ermöglichen. Im Rahmen ihrer Patrouillen stellt die OSZE auch regelmäßig den Bedarf an humanitärer Hilfe fest und ermöglicht somit eine schnelle und zielgerichtete Unterstützung.

Die OSZE-Mission hat aber noch immer mit diversen Einschränkungen zu kämpfen. So können Patrouillen nur tagsüber durchgeführt werden. Sicherheitsgarantien und der Zugang zu umkämpften Gebieten müssen immer wieder neu mit den Kommandeuren der Konfliktparteien vor Ort verhandelt werden. Nachdem im April 2017 ein Mitglied der SMM durch die Ex-

plosion einer Mine getötet wurde, ist die Bewegungsfreiheit der OSZE-Mission eingeschränkt, da ihre Fahrzeuge nur befestigte Straßen befahren dürfen. Deshalb setzt die OSZE seit März 2018 – nach einer mehr als einjährigen Unterbrechung – wieder Langstreckendrohnen ein. Sie ermöglichen eine Beobachtung bei Nacht und in den für Bodenpatrouillen nicht oder nur schwer zugänglichen Gebieten. Auch festinstallierte Kameras an besonders umkämpften Punkten der Kontaktlinie dienen der besseren Überwachung der Einhaltung der Minsker Abkommen. Diese technischen Hilfsmittel werden jedoch regelmäßig beschossen bzw. elektronisch gestört. Die OSZE verlor deshalb seit Herbst 2018 bereits zwei große operative Drohnen.

Vor dem Hintergrund der angekündigten Ausgabe russischer Pässe gewinnt die Arbeit der SMM als neutrale Beobachterin an Relevanz. Es braucht mehr vertrauensbildende Maßnahmen und eine Einhaltung des Waffenstillstandes von beiden Seiten, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Durch Putins „Passportisazija“ könnten die nächsten zivilen Opfer in den NRKG nämlich „russische“ Staatsbürger sein – mit unabsehbaren Folgen.

Auch personell stehen im IKKM Veränderungen an. So könnte Selenskyj die ukrainischen Vertreter in der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) mit Russland und den Separatisten ersetzen. An der TKG wie auch dem Normandie-Format will Selenskyj festhalten, obwohl manche Experten ein kombiniertes Format unter Einbindung der USA als effizienter erachten. Auch die Führung der OSZE-Mission wird bis Mitte 2019 erneuert werden. Der neue Chief Monitor Yasar Halit Cevik soll im Juni sein Amt übernehmen, neue Stellvertreter wurden bereits ernannt.

Fazit und Ableitungen

Trotz erster positiver Anzeichen zeigten die bisherigen Reaktionen, dass eine Entspannung vorerst nicht zu erwarten ist. Die Auswirkungen des Machtwechsels in Kiew sind noch nicht absehbar, vieles kommt erst in Bewegung. Dennoch können einige Ableitungen formuliert werden:

- Mit dem Sieg Selenskyjs könnte die Bereitschaft zum Dialog über umstrittene Themen wie Sprach-, Erinnerungs- und Kulturpolitik steigen. Solche Ansätze sollten verstärkt gefördert und von externen Akteuren unterstützt werden.
- Es gilt, Selenskyjs Personalpolitik und die Ergebnisse der kommenden Parlamentswahl besonders zu beobachten. Diese werden die politische Orientierung der Ukraine bestimmen. Die grundsätzliche Ausrichtung auf EU und NATO steht aber außer Frage.
- Die EU verhält sich vorerst noch zurückhaltend. Deutschland und Frankreich als Mitglieder des Normandie-Formats bleiben für das Krisenmanagement bestimmend.
- Vertrauensbildende Maßnahmen in der Ostukraine sollten ausgebaut werden. Die Möglichkeit der Wiedereinsetzung des russisch-ukrainischen Joint Center for Control and Communication (JCCC) könnte im Normandie-Format sowie der TKG gefördert werden, um zukünftige Eskalationen zu vermeiden. Solange eine politische Lösung des Konfliktes nicht absehbar ist, sollte die Verbesserung der humanitären Lage für die internationale Gemeinschaft oberste Priorität haben.

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: Reproz W, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk